

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 718

Mittwoch, 05. Dezember 2020

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Der Nachmittag, an dem Giammattei die Wut entfachte.....	1
Polizei unterdrückt Proteste ... das ist nur die eine Hälfte der Geschichte.....	3
Der Präsident und Vizepräsident legen ihren Streit bei.....	4
Die psychosoziale Situation in Guatemala angesichts der COVID-19-Pandemie.....	5

Der Nachmittag, an dem Giammattei die Wut entfachte

Guatemala, 27. November - Die Ecke 7. Avenida und 8. Strasse in Zone 1 bildete die Trennlinie zwischen den beiden Etappen der Demonstration am 21. November. In der einen Ecke ist es ruhig, in der anderen gibt es Zusammenstöße mit der Polizei. Von der Ecke zwischen der Kathedrale und dem Haus des Handels drang mehrmals Tränengas auf die Plaza de la Constitución ein; das Gas wurde aus den Kanistern freigesetzt, die die Bereitschaftspolizei der PNC auf Demonstrierende schleuderte, die in das Kongressgebäude gelangen wollten, die aber auch die Augen der Umstehenden trafen. Minuten vor 15 Uhr wurde ein kleiner Teil dieses Gebäudes in Brand gesteckt. Eine Frage bleibt in dieser Stadt, die zu schlafen schien: Woher kam diese Wut?

In den Stunden nach einer Demonstration, die durch die Verabschiedung des Haushalts 2021 ausgelöst wurde, ist es immer noch schwierig zu erklären, was passiert ist. Diese Fotogalerie (*s. <https://www.plazapublica.com.gt/content/la-tarde-que-giammattei-desato-la-furia>, d.Red.*) beschreibt das Geschehen, aber es ist nicht so einfach zu erklären, warum es geschehen ist.

Auf dem Platz waren bereits Tausende von Menschen, Stunden bevor der Protest beginnen sollte. Bis vor 14 Uhr war die Demonstration ähnlich wie die von 2015. Es gab Leute mit Fahnen, Vuvuzelas, Trillerpfeifen, Krachmachern sowie mit Plakaten und Transparenten, die ihre Ablehnung gegenüber PolitikerInnen und Korruption zum Ausdruck brachten. Oberflächlich betrachtet bestand der einzige Unterschied zwischen gestern und vor fünf Jahren darin, dass alle Masken trugen - der Rest war recht ähnlich. Von einem Podium vor dem Nationalen Kulturpalast aus, das Präsident Alejandro Giammattei tags zuvor zur Verteidigung des fraglichen Budgets benutzte, sprachen Aktive gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen, nachdem sie bis zu 45 Minuten in der Schlange gewartet hatten, um ihre Opposition gegenüber der Regierung, dem Kongress und gegenüber der wirtschaftlichen Elite zum Ausdruck zu bringen. (...)

Auch der Ombudsmann für Menschenrechte, Jordán Rodas, sprach dort. Als er seine Rede begann, versuchten einige, ihn zum Schweigen zu bringen, aber nach einem Tadel von einem der OrganisatorInnen fuhr er mit seiner Rede fort. Es sei notwendig, in Frieden zu demonstrieren, sagte Rodas, wobei öffentliches und privates Eigentum respektiert werden müsse.

In diesem Augenblick war der Ärger unter den Anwesenden bereits spürbar. In dieser Demonstration schien nicht nur Entrüstung vorhanden zu sein wie 2015, sondern auch eine große Irritation und Müdigkeit angesichts des Weges, den dieses Land geht. "Heute leben wir Geschichte. Wir Studierenden haben eine Verpflichtung für unsere Zukunft", sagte Camila Samayoa, eine der führenden studentischen Aktiven der Universität von einem Pickup-Truck herunter. „Wir lehnen ein System ab, das uns im Elend leben lässt. Unsere Entrüstung sollte nicht nur eine Woche dauern“.

Dann sprach ein anderer Student. Er sagte, dass sich in der Nähe der Kathedrale und des Hauses des Handels eine Gruppe von Studierenden befände, die von der Bereitschaftspolizei festgehalten werde. Er forderte ihre Freilassung. Studierende und Eltern bahnten sich ihren Weg durch die Menge, die auf dem Boden der Plaza de la Constitución sass, um der Bereitschaftspolizei gegenüber zu bekräftigen, dass es sich um eine friedliche Demonstration handelte.

Wer zündete Teile des Kongresses an?

Der Zorn wurde hinter der Ecke der Kathedrale und des Haus des Handels stärker empfunden. Von diesem Zeitpunkt an und auf der 9. Straße, zwischen 8. und 6. Avenida, wurde die Wut entfesselt. Oder besser gesagt, sie wurde ansteckend.

Ja, das ist vielleicht das beste Wort, um das zu beschreiben, was gestern passiert ist, denn eine Ansteckung bedeutet, dass sich alles verändert, wenn man mit einem Auslöser in Berührung kommt. In diesem Fall: einem Kongress, der in Flammen steht. Es war ein Kommen und Gehen zwischen Demonstrierenden und Bereitschaftspolizei. Ein Streit um den Raum entbrannte auf den Strassen.

Was ist im Kongress passiert? Livemitschnitte machen es deutlich. Menschen mit bedeckten Gesichtern kletterten auf die Fenster, schlugen sie ein und benutzten eine riesige guatemtekische Flagge als Molotow-Cocktail-Feuerzeug. So begann das Feuer im selben Gebäude, in dem das Budget, das den Protest ausgelöst hatte, genehmigt wurde. Dieser Akt hatte etwas Seltsames an sich, (...).

Stunden zuvor, etwa um 10.30 Uhr, verteilten Demonstrierende vor dem Kongress Flugblätter an die wenigen PolizeibeamtInnen, die den Kongress bewachten. Die PolizeibeamtInnen waren älter, offensichtlich ohne die körperliche Verfassung und die Ausrüstung, um sich gegen Protestierenden zu stellen. Die Zahl der BeamtInnen, die das Gebäude bewachten, reichte kaum aus, um die gesamte Tür zu säumen. Tage zuvor, als der Haushalt 2021 genehmigt wurde, beorderte das Innenministerium genügend Polizeikräfte dort hin, um mehrere Straßen im Umkreis abzusichern. Gestern wurde die Sicherheit des Kongresses nur von einigen wenigen Polizisten gewährleistet. Fotos, die in sozialen Medien im Umlauf sind, zeigen einen Korridor innerhalb des Kongresses mit Feuerlöschern und Wasserfässern. Anders als bei früheren Gelegenheiten, waren die Abgeordneten nicht in dem Kongressgebäude zugegen. In den sozialen Medien waren verschiedene Botschaften im Umlauf, dass der Kongress brennen müsse.

War es wirklich ein Mob, der es in Brand gesteckt hat? Die Videos beweisen es: nein. Dieselben Leute, die auf die Fensterbänke des Gebäudes geklettert sind, um die Fenster zu zerstören und das Feuer zu entfachen, tanzten auf dem Sims, während der Rauch als Hintergrund einer Choreographie diente, die nach Rebellion schrie. Die Verursacher des Brandes, der die Repression der Regierung sowohl an diesem bestimmten Ort als auch in anderen Bereichen des Protests sofort auslöste, sind unbekannt. Dies und die Tatsache, dass viele AktivistInnen behaupten, Agents provocateurs in der Demonstration gesehen zu haben, lässt den Verdacht aufkommen, dass möglicherweise solche Kräfte den Brand legten. Plaza Pública sprach mit einem halben Dutzend Menschen, die diese Momente miterlebt haben. Sie waren sich nicht sicher, neigten aber zu der Annahme, dass es sich um einen Wutausbruch einer Gruppe von Demonstrierenden handelte, die stolz in dem teilweise brennenden Kongress tanzten. Darüber hinaus wurde das Feuer von vielen der Anwesenden begrüßt und bei den Protesten in Antigua Guatemala sogar mit Jubel gefeiert.

Tränengasregen und willkürliche Verhaftungen

Minuten nach Beginn der Flammen trafen die Feuerwehrleute ein, um das Feuer zu löschen. Dann vertrieb die Bereitschaftspolizei diejenigen, die versuchten, in den Kongress einzudringen oder auch nur an der Demonstration teilzunehmen. Die Menschen waren außer sich vor Wut. Manchmal rückten die Protestierenden (Jugendliche, Erwachsene, Männer und Frauen) etwas weiter vor und erreichten die 8. Avenida, hinter der 9. Straße. Dann war es die Bereitschaftspolizei, die an Boden gewann. Ihrem Vormarsch ging Tränengas voraus. Dann rannten die Demonstrierenden verängstigt weg, um Verhaftungen zu entgehen, einige mit tränenden Augen und Atembeschwerden.

In ihrem offiziellen Bericht berichtete die PNC auch über verletzte PolizistInnen. JournalistInnen der Plaza Pública sahen Menschen mit Schlagstöcken, die sich etwa ab 13.28 Uhr (kurz bevor der Kongress in Brand gesteckt wurde) unter die Demonstrierenden mischten. Vom offiziellen Twitter-Konto der Fraktion der UNE startete der Abgeordnete Orlando Blanco eine direkte Anklage kurz vor Redaktionsschluss, allerdings ohne konkrete Beweise. Er trug eine Maske und wurde vom Abgeordneten Jairo Flores begleitet. Er stellte die Frage, warum die "Sicherheitskräfte den Vandalismus praktisch zuließen, nicht eingegriffen haben. Wir glauben, dass es eine mögliche Beteiligung von Kongressabgeordneten an den Ereignissen gab", sagte er. (...)

Um 15 Uhr twitterte Präsident Giammattei: "Ich wiederhole, dass man das Recht hat, gesetzeskonform zu demonstrieren. Aber wir können keinen Vandalismus an öffentlichem oder privatem Eigentum zulassen. Alle, die an diesen Verbrechen beteiligt waren, werden mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft". Gegen Mitte des Nachmittags hatte die 9. Straße eine andere Farbe. Der Boden war rosa und überall lagen Steine und Betonbrocken. Glas lag zersplittert in der Transmetro-Station Pasaje Aycinena. Während eine Gruppe von Demonstrierenden feierte, dass sie ein Schutzschild von der Bereitschaftspolizei erbeutet hatten, suchten mehrere Personen dort die Hilfe des Roten Kreuzes, die den von Tränengas betroffenen Menschen beistanden. Die Sondereinsatzkommandos warteten. Sie schienen sich von den Parolen und Rufen der Demonstrierenden nicht abschrecken zu lassen.

Doch plötzlich, wie auf Knopfdruck aktiviert, beschlossen sie, wieder vorzurücken. Und auf dem Weg dahin nutzten sie die Gelegenheit, einige Leute (auch JournalistInnen) zu verprügeln und andere festzunehmen (darunter die Dokumentarfilmerin Melissa Mencos). Ein gepanzerter Polizeiwagen fuhr auf der 6. Avenida vor, einer Fussgängerzone, die von den Menschen genutzt wird, um nach der Arbeit nach Hause zu kommen oder in aller Ruhe spazieren zu gehen.

Gegen 17 Uhr erreichte die Bereitschaftspolizei den Nationalpalast. Ohne jede Provokation und ohne vorherige Warnung begann sie, Kanister mit Tränengas in die friedliche Demonstration zu schießen. Männer und Frauen, Kinder und alte Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Die Bereitschaftspolizei begann wahllos auf jede loszuschlagen, die sie antrafen. FotografInnen, JournalistInnen, Demonstrierende, StraßenverkäuferInnen, Eltern und Kinder, kirchliche MitarbeiterInnen und andere wurden von einer Flut von Polizeibrutalität erfasst: von Tränengassalven getroffen oder blutig geschlagen. Ein Fotojournalist ließ seine Kamera fallen, bevor er wiederholt Schläge mit dem Schlagstock auf den Kopf erhielt. Frauen wurden getreten, niedergeworfen und an den Haaren durch die Strassen geschleift. Zwei junge Männer verloren ihr linkes Auge, als die Polizei Tränengaskanister auf Kopfhöhe in die Menge schoss.

Inmitten des Chaos auf den Straßen in der Nähe des Kongresses nahm Plaza Pública gegen 19 Uhr ein Video auf, in dem ein Lastwagen mit dem Logo der Brauerei Gallo auf die Protestierenden zufuhr, der der Polizei gegenüberstand. Die Demonstrierenden stiessen das Fahrzeug an; dieses fuhr heran und die Bereitschaftspolizei liess es vorbeifahren, wobei sie eine ganz andere Haltung einnahm als sie gegenüber den Demonstranten gezeigt hatten.

Nach Angaben des Innenministeriums wurden im Laufe des Tages 31 Personen festgenommen, die meisten davon zwischen 20 und 30 Jahre alt. Cristian Orozco ist einer von ihnen. Aus dem Justizgebäude erzählte er gegenüber Plaza Pública, wie der PNC ihn geschlagen und festgenommen hat. Er behauptete, er habe friedlich demonstriert, und ein Polizist habe ihn verhaftet, nachdem er versucht hatte, eine Frau zu verteidigen. "Ohne Waffen zu demonstrieren ist ein verfassungsmäßiges Recht", sagte der neu ernannte Innenminister Gendri Reyes. Er bezeichnete den Brand im Kongressgebäude als terroristischen Akt und der Brand war die Rechtfertigung für den Polizeieinsatz.

(Plaza Pública sowie jener Teil aus dem nun folgenden Text der Guatemala Human Rights Commission USA, der sich mit den Protesten befasste, d.Red.)

Polizei unterdrückt Proteste ... das ist nur die eine Hälfte der Geschichte

Guatemala, 26. November - Guatemala hat es wieder einmal in die internationalen Schlagzeilen gebracht. Fotos, die von wichtigen US-Medien veröffentlicht wurden, zeigten einen wütenden ‚Mob‘, der das Gebäude des Kongresses in Guatemala-Stadt in Brand setzte. Die New York Times schrieb in einem Artikel mit der Überschrift ‚Demonstrierende in Guatemala setzten das Kongressgebäude wegen Ausgabenkürzungen in Brand‘: "Tausende von Demonstranten gingen am Samstag in der Hauptstadt Guatemalas auf die Straße und setzten das Kongressgebäude als Ausdruck ihres Zorns über ein diese Woche verabschiedetes Haushaltsgesetz in Brand, das die Mittel für Gesundheitsversorgung und Bildung kürzte". *Die wahre Geschichte sei jedoch weitaus komplexer und viel alarmierender; schreibt die Guatemala Human Rights Commission USA (GHRC) auf ihrer Webseite.*

Die Milliarden-Dollar-Frage

Mit der Ankunft des COVID-19-Virus in Guatemala rief die Regierung von Präsident Alejandro Giammattei einen Ausnahmezustand aus, der es der Regierung einfacher machte, Millionen Dollar an Notfallkrediten und Spenden zur Bekämpfung von COVID-19 zu erhalten. Im Laufe der Monate sah das Land jedoch keine wesentliche Verbesserung der medizinischen Versorgung, der Ausrüstung oder der Infrastruktur. Stattdessen waren die Krankenhäuser voller COVID-19-PatientInnen, die Tests wurden immer seltener durchgeführt, und das medizinische Personal beschwerte sich über fehlende persönliche Schutzausrüstung, unhygienische Arbeitsbedingungen und Nichtzahlung der Gehälter. ÄrztInnen und Krankenschwestern gehörten zu den häufigsten Todesopfern von COVID-19. Obwohl 1,567 Mrd. € für Sozialprogramme vorgesehen waren, die während der Corona-Krise ein Sicherheitsnetz für Familien bieten sollten, waren diese Programme unzureichend. Zusätzliche 200 Mio. Q (= 22 Mio. €) hatte die Regierung Giammattei „für Menschen mit begrenzten Mitteln“ vorgesehen, aber viele arme Familien waren dennoch gezwungen, weisse Fahnen zu hissen – als ein Zeichen, dass sie Hunger haben. Es wuchs die Kritik an der Regierung wegen Missbrauchs von Geldern und der herrschenden Korruption. In den sozialen Medien wurde eine wachsende Zahl von Stimmen laut, die fragten: "Wo ist das Geld?" und der entsprechende Hashtag #DondeEstáElDinero verbreitete sich. Die unzulängliche Reaktion der Regierung auf das Leid, das durch die aufeinanderfolgenden Wirbelstürme Eta und Iota verursacht wurde, hat die GuatemaltekinInnen erneut dazu veranlasst, sich zu fragen: "Wo ist das Geld?" Der Aufschrei war so gross, dass der Vizepräsident Guatemalas, Guillermo Castillo, dem Präsidenten öffentlich vorschlug, mit ihm gemeinsam zurückzutreten.

Der Haushalt

Am 18. November in den frühen Morgenstunden hatte der Kongress einen total aufgeblähten Haushalt 2021 verabschiedet. Das Budget von 99 Mrd. Q (= 10,9 Mrd. €) war das grösste in der Geschichte Guatemalas. Darüber hinaus genehmigte der Kongress ein Darlehen in Höhe von 353 Mio. € (= 36,5 Mio. €), ein Betrag, der das Land noch tiefer in die Verschuldung treiben würde. Gleichzeitig wurden mit dem neuen Haushalt wesentliche Dienste wie Gesundheit, Bildung, Umwelt und Menschenrechte stark unterfinanziert. Darüber hinaus wurden die für die Bekämpfung der Unterernährung in Guatemala bereitgestellten Mittel um 200 Mio. Q (= 22 Mio. €) gekürzt, und das in einem Land, in dem die Hälfte der Kinder an chronischer Unterernährung leidet. Anfang dieses Monats berichteten lokale Zeitungen über den Tod eines 9-jährigen Jungen in Jocotán, Guatemala, der an chronischer Unterernährung gestorben war. Gleichzeitig genehmigten die Kongressabgeordneten sich selbst 53.600 € für ihre eigenen Mahlzeiten [Das sind – nach Berechnung der Redaktion - 3.260 Q oder 337 € pro Abgeordneter pro Jahr, also etwa 9 Q oder 0,92 € pro Abgeordneter pro Tag.]. Die guatemaltekische Zivilgesellschaft rief sofort zu friedlichen Protesten auf und forderte den Präsidenten auf, sein Veto gegen den Haushalt 2021 einzulegen. (...)

Ungerechtigkeit und Justizwesen

Isabel Solis, die Büroleiterin von GHRC in Guatemala-Stadt, beobachtete die Anhörungen mehrerer Angeklagter. Sie berichtet, dass eine der Anklagen gegen viele der 31 Verhafteten die "Zerstörung des kulturellen Erbes" war. Diese Anklage fiel nicht in die Zuständigkeit der FriedensrichterInnen, die die Demonstrierenden sonst hätten freilassen können. So aber mussten die Beklagten mindestens zwei Nächte im Gefängnis verbringen. Nach dieser physisch und emotional anstrengenden Zeit wurden die Anklagen gegen jede einzelne verhaftete Person von den vorsitzenden RichterInnen wegen Mangel an Beweisen fallen gelassen.

Zweifel, die bleiben

- Das Präsidium des Kongresses hat beschlossen, den Haushalt 2021 vorübergehend auf Eis zu legen. Doch dieser einseitige Akt an sich könnte illegal sein, da er nicht die Unterstützung des gesamten Kongresses hat.
- Die Polizei erklärte, dass die Verhafteten in flagranti erwisch worden seien, während sie die Brandstiftung begingen, doch alle Verhaftungen fanden an verschiedenen Orten und Stunden nach der Tat statt.
- Bilder, die in sozialen Medien veröffentlicht wurden, zeigten Feuerlöscher und große Wasserfässer, die vor dem Brand im Gebäude aufgestellt worden waren.
- Der ehemalige Chef der CICIG, Ivan Velazquez, fragte sich auf Twitter, wo denn die Wachen vor dem Kongress waren, als Teile angezündet wurden. Es sei sehr merkwürdig, wenn nicht sogar verdächtig, dass Eindringlinge so leicht in ein Gebäude gelangen und es in Brand setzen konnten, das (angeblich) die höchste Sicherheitsstufe haben sollte.
- MenschenrechtsbeobachterInnen in Guatemala vermuten, dass das Feuer möglicherweise von regierungsnahen Elementen gelegt wurde, um einen Vorwand für Repressionen zu schaffen.

Fazit

Die GHRC ist besorgt um das psychische und körperliche Wohlergehen derer, die von der Polizei brutal angegriffen und fälschlicherweise verhaftet wurden. Wir sind auch besorgt über die zunehmenden Kriminalisierung durch die Regierung, die offenbar legitime soziale Proteste und die Verteidigung der Menschenrechte diskreditieren will. Daher schliesst sich die GHRC denjenigen an, die eine gründliche und unparteiische Untersuchung der willkürlichen Verhaftungen und der exzessiven Gewaltanwendung durch Angehörige der PNC fordern. Die Untersuchung muss sich auch gegen diejenigen in der Befehlskette richten, die die Repression befohlen haben.

Nachsatz: Inzwischen hat die Oberste Staatsanwältin, Consuelo Porras, angekündigt, Ermittlungen über die Möglichkeit anzustellen, dass Angehörige der Maras für den Brand im Kongress verantwortlich sein könnten. (Prensa Libre, 05.12.)

Der Präsident und Vizepräsident legen ihren Streit bei

Guatemala, 5. Dezember - Nachdem das erste Regierungsjahr von gegenseitigen Anschuldigungen und Vorwürfen geprägt war, übermittelten Präsident Alejandro Giammattei und Vizepräsident Guillermo Castillo der Bevölkerung nun eine Botschaft, die die nationale Einheit stärken soll. Die beiden höchsten politischen Repräsentanten lancierten gestern im Spiegelsaal des Präsidentenhauses eine Botschaft, in der sie das Ende ihrer Streitigkeiten ankündigten, die sie seit der ersten Jahreshälfte geführt hatten. Diese haben am 20. November ihren Höhepunkt erreicht, als Castillo Giammattei einen Tag vor den ersten Massendemonstrationen gegen die Verabschiedung des Haushalts 2021 um einen gemeinsamen Rücktritt bat.

"Dieses Jahr wurden wir von einer Pandemie und von schweren Unwettern heimgesucht. Deshalb ist es für uns als Land am besten, gemeinsam den Weg zu bestimmen, den wir brauchen, um die größten Probleme zu lösen. Heute senden wir diese Botschaft der Einheit mit dem Präsidenten aus", sagte Castillo. Die öffentliche Erklärung richtete sich an die Bevölkerung. Weder Giammattei noch Castillo erklärten sich bereit, Fragen der JournalistInnen zu beantworten, und klärten daher nicht, welche Vereinbarungen sie konkret trafen, um ihre Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken.

Einer der Faktoren, der für eine Versöhnung ausschlaggebend gewesen sein könnte, war Giammatteis' Billigung der Auflösung des sog. ‚Regierungszentrums‘ unter der Leitung von Miguel Martinez bis zum 31. Dezember (*¡Fijáte! berichtete häufiger über die Kritik daran, d.Red.*). Dieses Gremium verfügt über zugewiesene Mittel von 8,5 Mio. Q (= 879.000 €) und hatte davon bis Ende November 5,07 Mio. Q (= 517.700 €) ausgegeben. Die Zuständigkeiten dieses Gremiums waren nie klar, und manche fragten sich, ob es die Funktionen anderer Institutionen, darunter die des Vizepräsidenten, ersetzen sollte. Auf der Pressekonferenz am Freitag, dem 20. November, forderte Castillo selbst die Auflösung des Regierungszentrums. Bei dieser Gelegenheit sagte er, dass es viel Geld koste, aber substanziell nichts beitrage.

Geschichte der Uneinigkeit

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Politikern beziehen sich jedoch nicht nur auf das sog. Regierungszentrum. Eines der ersten Male, in denen solche auftraten, war im Mai, als Präsident Giammattei eine Beteiligung des Guatemaltekinschen Instituts für soziale Sicherheit (IGSS) bei der Bewältigung der Pandemie in Frage stellte. Bei dieser Gelegenheit zeigte Castillo eine gegenteilige Haltung und stattete der IGSS am 11. Mai einen Besuch ab, bei dem er demonstrativ seine Unterstützung für diese Institution zum Ausdruck brachte.

Die Differenzen wuchsen weiter an, bis am 29. September ein Chat durchsickerte, in dem Castillo seine Unzufriedenheit damit, dass Giammattei am Tag zuvor das Kabinett einberufen hatte, um neue COVID-19-Regeln zu beschliessen, äusserte. Castillo beschuldigte Giammattei, erst in letzter Minute gehandelt zu haben, und beklagte sich darüber, dass er die Einberufung des Kabinetts nicht an ihn delegiert habe, obwohl er zu diesem Zeitpunkt an COVID-19 erkrankt war. Im Laufe der Monate gab der Vizepräsident mehreren Forderungen der Bürger recht, die auch bei den Demonstrationen auf dem Verfassungsplatz am 21. und 28. November zum Ausdruck kamen, darunter Beschwerden über Korruption in den Ministerien und die undurchsichtige Genehmigung des Haushalts.

Eine weitere Forderung der Bürger war die Entlassung des Innenministers Gendry Reyes wegen des exzessiven Einsatzes von Polizeigewalt gegen friedliche Bürger bei dem Protest am 21. November. Aufgrund dieser Tatsache veröffent-

lichte Castillo in seinen sozialen Netzwerken eine Botschaft, in der er sowohl den "Vandalismus als auch den Einsatz von Polizeigewalt" kritisierte. Die Frage der Entlassung von Minister Reyes sei jedoch von einer Untersuchung der Staatsanwaltschaft über die Ereignisse vom 21. November abhängig, sagte Castillo an der Seite von Giammattei.

Andere Themen der Vereinbarung

Präsident Alejandro Giammattei kündigte auch an, dass analysiert werde, welche Änderungen für den Haushalt 2021 vorgenommen werden können, und informierte darüber, dass Castillo gebeten worden sei, einen Kabinettsausschuss zu koordinieren, um die notwendigen Reformen zu bewerten, damit die Ressourcen auf die wirtschaftliche Reaktivierung und den nationalen Wiederaufbau nach den Verwüstungen durch die Stürme Eta und Iota konzentriert werden können. Schließlich sagte Giammattei, dass am Ende eines jeden Jahres die Leistungen aller MinisterInnen, stellvertretenden MinisterInnen, StaatssekretärInnen und UnterstaatssekretärInnen bewertet werden würden, und jene, bei denen mangelnde Leistungen festgestellt würden, zurücktreten müssten. Dies bedeute allerdings keine drastischen Veränderungen in der Kabinettsarbeit. (Prensa Libre)

Die psychosoziale Situation in Guatemala angesichts der COVID-19-Pandemie

Das Guatemala-Komitee Zürich hat Jahr für Jahr eine große Benefiz-Veranstaltung – die sog. Rojinegro-Jassen. Die für Januar 2021 anberaumte Jassen musste leider Corona-bedingt abgesagt werden. Das dort eingenommene Geld geht an die Liga Guatemalteca de Higiene Mental und die Asociación Guatemalteca de Personas con Discapacidad Manuel Tot' (AGPD), die sich – abgesehen von der ‚neutralen‘ Bezeichnung als ‚Verband von Personen mit Behinderungen‘ - als Guatemaltekische Vereinigung der Kriegsversehrten verstehen, also als solche, die aufgrund von Gewaltakten verlehrt worden sind. Von der zuerst genannten Liga gibt es einen Text über die Situation in Guatemala in diesem Jahr, den Barbara Müller übersetzt. Er folgt nun.

HINTERGRUND

Am 13. März 2020 bestätigte die guatemaltekische Regierung den ersten positiven Corona-Fall. Drei Tage später wurde eine Quarantäne über das ganze Land verhängt. Dies führte in der Bevölkerung wegen fehlenden ökonomischen Einnahmen zu Überlebensproblemen, aber auch psychischen Problemen und Stress. Seit Beginn hat die Regierung keine Strategie entwickelt, die es den Menschen erlaubt, die Dimension der Pandemie zu verstehen und ihr in einer objektiven Form und mit den notwendigen Präventionsmassnahmen begegnen zu können. Vielmehr wurde auf quasi-militärische Massnahmen zurückgegriffen und mit Strafanzeigen und wirtschaftlichen Sanktionen gedroht, um die Bevölkerung zu zwingen, zu Hause zu bleiben. Begründet wurden diese Massnahmen damit, dass dies zum Wohl der Menschen und ihrer Gesundheit sei. Der Quarantäne und dem Ausnahmezustand folgten eine Reihe von landesweiten Ausgangssperren, welche die Grundrechte noch weiter einschränkten. All dies hatte Auswirkungen auf die Bevölkerung - auch psychische. Das Hauptinteresse der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Sektoren war, die Pandemie zu ihrem Vorteil auszunutzen. In der Folge stiegen die positiven Fälle und das Gesundheitssystem war nicht in der Lage, die Patient*innen zu versorgen. Die steigenden Fallzahlen und Todesfälle führten in der Bevölkerung zu einer enormen psychischen Krise: Unsicherheit, Angst, Beklemmung, Depression, das Gefühl von Unabwendbarkeit und das totale Fehlen von Kontrolle darüber, was mit dem persönlichen und familiären Leben passiert. Diese Situation hält bis heute an, denn die Regierung hat ihre Strategie nicht angepasst und die Leute müssen ihre eigenen Wege finden, wie sie nicht nur die Pandemie, sondern auch das ökonomischen Überleben meistern können. So entschieden sich z. B. viele ländliche Gemeinden im Landeinnern eigenmächtig, sich zu isolieren und keine Personen von ausserhalb hereinzulassen, da die Infektionsraten in Guatemala Stadt und den Departements-Hauptstädten am höchsten sind.

DIE ROLLE DER LIGA GUATEMALTECA DE HIGIENE MENTAL

Während der Quarantäne und der Ausgangssperre entschied sich das Personal der Institution, der Aufforderung der Regierung Folge zu leisten und zu Hause zu bleiben. Als aber die positiven Fälle zunahmen, sich das subjektive Befinden der Bevölkerung verschlechterte und in beunruhigendem Mass äusserte, entschieden wir, unseren Entscheid zu überdenken. Dies nicht zuletzt auch, weil die Liga im Jahr 1952 gegründet wurde mit der Mission, die psychosoziale Gesundheit der Guatemaltek*innen zu schützen und zu intervenieren, wenn diese in Gefahr ist.

Wir kamen zum Schluss, dass die Regierung, die einzig damit beschäftigt ist, aus der Pandemie Vorteile zu ziehen, weder politisch noch ökonomisch ins Gesundheitswesen investieren wird - geschweige denn in die genauso gefährdete individuelle und kollektive psychische Gesundheit. Deshalb haben wir zwei Wochen, nachdem der erste Fall bekannt wurde, entschieden, etwas gegen dieses Vakuum im psychosozialen Bereich zu tun. Das Team der Liga hat sich getroffen und entschieden, per Telefon gratis psychologische Beratungen anzubieten, denn physische Treffen waren schlicht unmöglich. Am 2. April 2020 begannen wir damit.

BISHERIGE RESULTATE

Wie wir schon im März 2020 ahnten, entwickelte die Regierung keine Gesundheitspolitik, welche auch die psychosozialen Auswirkungen von Covid-19 berücksichtigt. Entsprechend wichtig ist die Alternative, welche die Liga de Higiene Mental für Menschen anbietet, die sie am dringendsten brauchen.

Das Angebot läuft nun seit 8 Monaten und wir können eine erste Bilanz ziehen:

- a) Unser Team von 5 Personen (4 Psycholog*innen und eine Koordinator*in) hat bis Ende September 630 Personen behandelt. 25% von ihnen leben in ländlichen Regionen, wo es wenig Psycholog*innen gibt oder wo sie es sich finanziell nicht leisten können. Über 50% der Anfragen kamen aus Guatemala Stadt, was sich dadurch erklärt, dass es dort die meisten positiven Fälle gab. Es wurden Personen behandelt, die allgemein emotional von der Covid-19 Situation belastet waren, und Leute, die positiv waren und in einem der provisorisch eingerichteten Krankenhäusern untergebracht waren. Es wurden auch Menschen behandelt, deren Angehörige gestorben waren und die entweder als "unbekannt" oder unter ihrem Namen beerdigt wurden, aber die Angehörigen an der Beerdigung nicht teilnehmen und so ihren Trauerprozess nicht abschliessen konnten. Und es wurden auch Angestellte des Gesundheitswesens behandelt, die unter enormem Arbeitsdruck standen, aber auch wirtschaftlich und sozial an ihre Grenzen sties- sen.
- b) Auch wenn es "nur" Krisenintervention ist (2 - 3 Sitzungen pro Person), schätzen die Menschen sehr, dass wir sie in dieser schwierigen Situation begleiten. Umso mehr, als die Universitäten, die Psycholog*innen ausbilden, ihre Verantwortung in dieser Krise nicht wahrnehmen. Rund 15% der Personen, die wegen Covid-19 unsere Dienste in Anspruch nahmen, haben jetzt auf eines der anderen Therapieangebote der Liga gewechselt, weil sie die begonnenen Prozesse weiterführen möchten. Diese Angebote sind sehr kostengünstig.
- c) Die Erfahrung ist auch für das Team sehr bereichernd. Wir haben in der Ausbildung nicht gelernt, wie man diese Art von therapeutischer Behandlung (auf Distanz) macht. In der Theorie heisst es, dass der Körper spricht, bei den The- rapien per Telefon mussten wir lernen, die Stimme und Tonlage zu interpretieren, was sehr ermüdend ist, aber auch bereichernd. Um unseren eigenen Verschleiss gering zu halten, haben wir regelmässige Intervisionen gemacht.
- d) Die Kommunikation war und ist ein wichtiger Faktor. Wir haben eine grosse Kampagne durchgeführt, um unser Angebot publik zu machen: Soziale Medien, Facebook, Twitter, Instagram und auch in den traditionellen Medien wie Zeitungen, und zahlreiche Interviews im Radio und Fernsehen.
- e) Mit dem Ziel, einen akademischen Beitrag zu leisten, haben wir unsere Erfahrungen systematisiert und in unserer Zeitschrift "Psicología Social Nr. 5" publiziert.

PERSPEKTIVEN

Wir hoffen, dass wir mit dieser speziellen Covid-19-Begleitung weitermachen können, denn sie ist nach wie vor not- wendig. Die bisherige Arbeit konnten wir dank der Unterstützung des Guatemala-Komitees Zürich (RojiNegro-Jassen) und einem Beitrag des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) finanzieren. Unterdessen haben sich die ersten psychologischen Auswirkungen von Covid-19 verändert. Wir haben gelernt, mit Angst und Unsicherheit umzuge- hen, aber es werden neue Situationen auf uns zukommen, die längerfristig psychisch belastend sind (anhaltende Unsi- cherheit, nicht verarbeitete Trauer, zerstörte Lebensprojekte, etc.) und es wird weiterhin nötig sein, diese Prozesse psy- chologisch zu begleiten, da die Pandemie uns länger beschäftigen wird als ursprünglich gedacht. Aufgrund der positiven Resultate überlegen wir uns, ein solches Angebot auch über die Pandemie hinaus aufrechtzuerhalten. Wir werden wei- terhin vom Staat verlangen, seinen Verpflichtungen im Bereich der psychosozialen Gesundheit nachzukommen. Wir wollen den Staat nicht ersetzen, aber wir können auch das Leiden und die Notwendigkeit der Bevölkerung nicht igno- rieren und solange wir als Institution etwas zur Linderung beitragen können, machen wir das.

Wir wissen, dass es eine schwierige Aufgabe ist und dass wir nicht die einzigen sind, die Unterstützung brauchen. Aber wir glauben an die Solidarität zwischen den Völkern!

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
 Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
 c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
 Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6